



Thurgauer Zeitung
8501 Frauenfeld
052/ 723 57 57
www.thurgauerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 34'200
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 037.021
Abo-Nr.: 1094819
Seite: 17
Fläche: 10'251 mm²

Thurgau gegen Denkmalpflicht

Der Thurgauer Regierungsrat unterstützt die Entschädigung der Verdingkinder mit 300 Millionen Franken, will ihnen aber kein Denkmal setzen.

FRAUENFELD. Der Bundesrat will die Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplazierungen vor 1982 mit 300 Millionen Franken entschädigen. Der Thurgauer Regierungsrat unterstützt den entsprechenden Gesetzesentwurf. Er lehnt indessen die Verpflichtung der Behörden ab, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Aufarbeitung zu verbreiten und nutzen zu müssen. Diese schiesse über das Ziel hinaus, teilt der Regierungsrat mit. Er lehnt auch

den Auftrag an die Kantone ab, ein Denkmal zu errichten und andere Zeichen der Erinnerung zu schaffen. Zudem seien Entschädigungen Sache des Bundes, zumal die Kantone mit ihren Anlaufstellen und Archiven die meisten Personal- und Administrativkosten übernehmen.

Das neue Bundesgesetz soll die Anerkennung und Wiedergutmachung des Unrechts und des Leides ermöglichen, das den Opfern von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und

Fremdplazierungen in der Schweiz zugefügt wurde. Die Wiedergutmachungs-Initiative, welche die Schaffung eines mit 500 Millionen Franken dotierten Fonds für Wiedergutmachungszahlungen sowie eine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung vorsieht, kam Anfang 2015 zustande. Darauf entschloss sich der Bundesrat, der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber zu stellen und diesen einer Vernehmlassung zu unterziehen. (red.)